



BRÜDERLE-Interview für die Deutsche Presse-Agentur

BRÜDERLE-Interview für die Deutsche Presse-Agentur

Berlin. Der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Präsidiumsmitglied RAINER BRÜDERLE gab der Deutschen Presse-Agentur heute das folgende Interview. Die Fragen stellte TIM BRAUNE:
Frage: Bei der Homo-Ehe kommen CDU und CSU auf keinen gemeinsamen Nenner. Akzeptiert die FDP, dass die Gleichstellung auf die lange Bank geschoben wird?
BRÜDERLE: Bei der Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften besteht in meinen Augen dringender Handlungsbedarf. Dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen, sollten wir ihnen keine Steine in den Weg legen. Gleiche Pflichten müssen auch gleiche Rechte bedeuten. Die FDP tritt schon seit Jahren für die völlige Gleichstellung im Bereich der Einkommensteuer und bei Adoptionen ein. Die Union sollte sich nicht in einer Wagenburg einmauern, sondern die gesellschaftlichen Realitäten anerkennen. Ich bin nicht dafür, die Entscheidung zu verschieben und abzuwarten, was das Bundesverfassungsgericht urteilt, sondern gestalte lieber selbst.
Frage: Schwarz-Gelb könnte ja zumindest beim Familien-Splitting Flagge zeigen. Der Finanzminister zeigt sich gesprächsbereit.
BRÜDERLE: Ich bin nicht dafür, bei der Förderung von Familien einzelne Elemente herauszupicken und abgekoppelt von den damit verbundenen anderen Instrumenten zu diskutieren. Wir alle sind uns einig, dass wir Familien mit Kindern fördern müssen. Deshalb unterstützen wir Familien bereits mit rund 200 Milliarden Euro jährlich. Ich bin aber sehr dafür, die einzelnen familienpolitischen Leistungen bei Bedarf noch besser aufeinander abzustimmen. Das sollten wir uns für die nächste Legislaturperiode vornehmen.
Frage: Beim Mindestlohn verstehen die Bürger gar nichts mehr. Zum gesetzlichen Mindestlohn sagt die FDP Nein, bei regionalen Branchenlösungen Ja. Hand aufs Herz, wird es vor der Wahl noch neue Lohnuntergrenzen geben?
BRÜDERLE: Es gibt ja bereits ein Instrumentarium, mit dem wir in dieser Legislaturperiode Lohnuntergrenzen für 2,12 Millionen Beschäftigte eingeführt haben. Das ist über die Hälfte aller Beschäftigten, die unter Branchenmindestlöhne fallen. Dieser Weg ist der richtige. Einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn, der Arbeitsplätze gefährdet, wird es mit uns nicht geben. Das haben wir immer gesagt und dabei bleibt es. Bis zum Bundesparteitag im Mai will die FDP darüber diskutieren, wie wir den eingeschlagenen Weg im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft weitergehen und die Voraussetzungen für weitere Lohnuntergrenzen schaffen können - im Einklang mit der Tarifautonomie. Nicht Politiker sollen über Löhne entscheiden.
Frage: Und wo bleibt der Durchbruch bei der Rente?
BRÜDERLE: Wir haben in dieser Legislaturperiode schon viel bei der Rente getan. Die Renten sind gestiegen, die Rentenbeiträge für alle Arbeitnehmer wurden gesenkt, wie schon seit Jahren nicht mehr. Wir haben im Koalitionsausschuss ein Paket mit mehreren weiteren Punkten besprochen. Die Punkte, bei denen Einigkeit besteht, sollten wir jetzt schnellstmöglich umsetzen. Für die FDP sind bessere Hinzuverdienstmöglichkeiten für Rentner besonders wichtig. Davon profitieren bis zu 300.000 Rentnerinnen und Rentner. Die liegen uns Liberalen besonders am Herzen.
Frage: Sie bilden mit Philipp Rösler eine Doppelspitze für die Bundestagswahl. Bambus und Eiche, kann das zusammen wachsen?
BRÜDERLE: Philipp Rösler und ich werden zusammen mit den Ministern und der gesamten Führungsmannschaft der Liberalen, die wir auf dem kommenden Bundesparteitag wählen werden, die FDP in die Bundestagswahl führen. Und ich bin überzeugt, wir werden ein gutes Ergebnis für die FDP erzielen.
Frage: Rösler wurde 2011 mit rund 95 Prozent zum Parteichef gewählt. Braucht er am Sonntag beim Parteitag ein ähnlich starkes Votum?
BRÜDERLE: An solchen Zahlenspielerereien beteilige ich mich nicht. Philipp Rösler ist Parteichef und Mannschaftskapitän, ich bin Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion und die Sturmspitze im Wahlkampf. Und wir werden zusammen mit einer starken liberalen Mannschaft einen engagierten und erfolgreichen Wahlkampf führen.
Frage: Wenn Union und FDP die Wahl gewinnen, bleiben sie Fraktionschef oder zieht es sie zurück ins Kabinett?
BRÜDERLE: Ich habe nicht vor, eine virtuelle Debatte über mögliche Posten und Ämter zu führen, denn das interessiert die Menschen im Land überhaupt nicht. Mir geht es darum, dass wir klar machen, dass diese Bundestagswahl eine Richtungsentscheidung sein wird: Kann die erfolgreiche und solide Arbeit der christlich-liberalen Koalition fortgesetzt werden oder gibt es eine Koalition der Steuererhöher und Schuldenmacher aus SPD und Grünen, im Zweifel toleriert von der Linkspartei.
Frage: Schafft es Schwarz-Gelb nicht, könnten sie die Ampel machen. Sie haben doch damals gut mit der SPD in Rheinland-Pfalz regiert?
BRÜDERLE: Die SPD in Rheinland-Pfalz war eine ganze andere SPD als die von Gabriel und Steinbrück. Ich habe mit Kurt Beck sehr gut und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Im Bund setzt die SPD auf Steuererhöhungen, mehr Schulden, Eurobonds und die Vergemeinschaftung von europäischen Schulden. Das ist kein attraktives Programm für die Wähler und schon gar kein attraktives Programm für die FDP. Das passt inhaltlich einfach nicht.

/>FDP Bundesgeschäftsstelle
Pressestelle
Reinhardtstraße 14
10117 Berlin
T. 030 - 28 49 58 43
F. 030 - 28 49 58 42

Pressekontakt

FDP

10117 Berlin

Firmenkontakt

FDP

10117 Berlin

Eine Geschichte als Herausforderung. Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichten Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt. Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet. Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik

Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeitlich-staatliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger. Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.